

**Art. 5** - Der Königliche Erlass vom 20. Dezember 1999 zur Festlegung des vom Antragsteller, der ersten juristischen Beistand erhalten hat, zu entrichtenden Pauschalbeitrags in Ausführung von Artikel 508/5 § 2 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches wird aufgehoben.

**Art. 6** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

**Art. 7** - Unser Minister der Justiz ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 18. Dezember 2003

### ALBERT

Von Königs wegen:  
Die Ministerin der Justiz  
Frau L. ONKELINX

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 1<sup>er</sup> juin 2005.

ALBERT

Par le Roi :  
Le Ministre de l'Intérieur,  
P. DEWAELE

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 1 juni 2005.

ALBERT

Van Koningswege :  
De Minister van Binnenlandse Zaken,  
P. DEWAELE

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2005 — 1481 [C — 2005/00340]

**1<sup>er</sup> JUIN 2005.** — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 19 janvier 2005 relatif à la protection des travailleurs contre la fumée de tabac

ALBERT II, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 19 janvier 2005 relatif à la protection des travailleurs contre la fumée de tabac, établi par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 19 janvier 2005 relatif à la protection des travailleurs contre la fumée de tabac.

**Art. 2.** Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 1<sup>er</sup> juin 2005.

ALBERT

Par le Roi :  
Le Ministre de l'Intérieur,  
P. DEWAELE

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2005 — 1481 [C — 2005/00340]

**1 JUNI 2005.** — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 19 januari 2005 betreffende de bescherming van de werknemers tegen tabaksrook

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1<sup>o</sup>, en § 3, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 19 januari 2005 betreffende de bescherming van de werknemers tegen tabaksrook, opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 19 januari 2005 betreffende de bescherming van de werknemers tegen tabaksrook.

**Art. 2.** Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 1 juni 2005.

ALBERT

Van Koningswege :  
De Minister van Binnenlandse Zaken,  
P. DEWAELE

Annexe — Bijlage

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST BESCHÄFTIGUNG, ARBEIT UND SOZIALE KONZERTIERUNG

**19. JANUAR 2005 — Königlicher Erlass über den Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch**

#### BERICHT AN DEN KÖNIG

Der Entwurf eines Königlichen Erlasses, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, ist Teil des Föderalen Plans zur Bekämpfung des Tabakkonsums.

In Anlehnung an das Recht auf ein rauchfreies soziales Klima befasst sich vorliegender Entwurf mit dem Tabakrauch in der Umgebungsluft der Arbeitsräume. Es ist nicht so selbstverständlich, wie es scheint, das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsraum zu erzwingen.

Die Bestimmungen der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung (AASO) tragen in unzureichendem Maße zur Gewährleistung eines rauchfreien Arbeitsraumes bei.

Wegen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung in Sachen Tabakverbrauch und unter Berücksichtigung der stets strengeren Anforderungen bezüglich der Exposition gegenüber Tabakrauch in den Arbeitsstätten aus Qualitäts-, Sicherheits- und Gesundheitsgründen haben wir die heutigen Höflichkeitsprinzipien gegenüber den Personen, die auf der Arbeit rauchen, durch eine genauere Vorgehensweise ersetzt, die auf das Verbot des Tabakverbrauchs ausgerichtet ist.

Mit vorliegendem Erlass wird das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsraum und rauchfreie Sozialanlagen eingeführt.

Das Rauchverbot im Arbeitsraum ist eingeführt worden, um diesem Recht Form und Inhalt zu geben.

Rauchen ist nur in Räumlichkeiten möglich, die keine Arbeitsräume sind und die explizit zu diesem Zweck bestimmt sind. Die Möglichkeit eines Raucherraums schafft kein Recht auf solche Räume.

Das Rauchen in einem Raucherraum kann nur in Konzertierung mit dem Personal erlaubt werden.

Das Rauchverbot gilt nicht für Arbeiten unter freiem Himmel.

Das in vorliegendem Entwurf eines Königlichen Erlasses vorgesehene Rauchverbot gilt nicht in Horeca-Betrieben, wo es der Öffentlichkeit erlaubt ist zu rauchen. Das Rauchverbot gilt wohl in allen anderen Räumlichkeiten des Horeca-Sektors, wie in Küchen, Lagern, Wäschereien und dergleichen.

Besprechung der Artikel:

Artikel 1 - In diesem Artikel wird der Anwendungsbereich bestimmt.

Art. 2 - In Nr. 1 dieses Artikels wird nur eine Ausnahme von einem rauchfreien Arbeitsraum in den für die Öffentlichkeit bestimmten geschlossenen Räumlichkeiten der Horeca-Betriebe vorgesehen, in denen das Rauchen erlaubt ist.

Nummer 2 ist eine Ausnahme vom Rauchverbot in den als Privatbereiche geltenden geschlossenen Räumlichkeiten der Einrichtungen für soziale Dienstleistungen, wie Altenheime, Alten- und Pflegeheime, betreute Wohnungen, psychiatrische Anstalten, Einrichtungen für Behinderte und für besondere Jugendhilfe sowie Gefängnisse, wo die Bewohner und Nichtbewohner unter bestimmten von diesen Einrichtungen festgelegten Bedingungen, die spezifisch für sie bestimmt sind, rauchen dürfen.

In Nr. 3 wird eine Ausnahme für die Privatwohnungen vorgesehen. Diese Ausnahme gilt nicht in den ausschließlich für die gewerbliche Nutzung bestimmten Räumen dieser Wohnungen, wo ein Arbeitgeber Arbeitnehmer beschäftigt, wie zum Beispiel eine Näh- oder eine Schreinerwerkstatt in einer Privatwohnung.

Art. 3 - Mit dieser Bestimmung werden die Begriffe Arbeitsraum, Sozialanlagen und Raucherraum definiert.

Die geschlossenen Räume im Unternehmen umfassen zusätzlich zu den Arbeitsstätten die Eingangshalle, die Treppen, die Aufzüge, die Verbindungsräume, die Flure, die geschlossenen Parkhäuser.

Die Garage zum Beispiel ist ein offener Raum im Unternehmen.

Der Arbeitsraum umfasst auch die Arbeitsstätten außerhalb des Unternehmens wie zum Beispiel Baubuden, Lastkraftwagenkabinen, Lieferwagen, Dienstfahrzeuge.

Der Arbeitsraum unter freiem Himmel, wie der Innenhof, fällt nicht unter das Rauchverbot.

Art. 4 - Mit dieser Bestimmung wird dem Arbeitnehmer das Recht gegeben, über einen Arbeitsraum und Sozialanlagen verfügen zu können, die frei von Tabakrauch sind. Der Arbeitnehmer hat, da wo er beschäftigt ist, Recht auf eine tabakrauchfreie Luft.

Art. 5 - Hier wird angegeben, auf welche Weise der Arbeitgeber dieses Recht gewährleisten muss.

Dieser Artikel befasst sich mit dem Rauchverbot in den Arbeitsräumen und sieht die Möglichkeit vor, zu erlauben, dass nur in einem Raucherraum geraucht wird.

Eine solche Erlaubnis kann nur nach Konzertierung mit dem Personal gewährt werden.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit eines Raucherraums nicht das Recht auf einen Raucherraum schafft.

Außerdem wird in Unternehmen, wo keine Konzertierung organisiert wird, das Rauchverbot uneingeschränkt angewandt.

In diesem Artikel wird ebenfalls vorgesehen, dass das Transportmittel für die kollektive Beförderung von und zu der Arbeit rauchfrei ist.

Art. 6 - In Nr. 1 [sic] wird bestimmt, dass der Arbeitgeber dafür sorgen muss, dass sämtliche Personen, die das Unternehmen in gleich welcher Eigenschaft betreten, das Recht der Arbeitnehmer auf eine rauchfreie Arbeitsumgebung beachten müssen.

Art. 7 - Die Artikel 4, 5 und 6 werden erst am 1. Januar 2006 in Kraft treten, der Arbeitgeber ist jedoch schon vor dem 1. Januar 2006 verpflichtet, den Tabakverbrauch einzuschränken.

Er ist verpflichtet, eine globale Politik zur Einschränkung des Tabakverbrauchs im Rahmen des dynamischen Risikoverwaltungssystems einzuführen.

Dadurch ist die Konzertierung mit dem Personal unabhängig von der Konzertierung über die Räumlichkeiten, in denen nach dem 1. Januar 2006 noch geraucht werden darf.

Der Arbeitgeber ist infolge des vorliegenden Erlasses nicht verpflichtet, die Kosten zu tragen, die dem Arbeitnehmer beim Rauchenaufhören anfallen.

Der Arbeitgeber ist infolge des vorliegenden Erlasses weder verpflichtet, Sensibilisierungs- und Informationsaktionen zu organisieren noch Programme für den direkten Beistand beim Rauchenaufhören zu entwickeln noch den Arbeitnehmern Informationen über Facheinrichtungen in diesem Bereich zu erteilen.

Art. 8 - Artikel 148*decies*2. *2bis* der AASO über den Tabakverbrauch wird aufgehoben, da mit vorliegendem Erlass eine neue Vorgehensweise eingeführt wird.

Art. 9 - Durch diesen Artikel wird dem Erlass ein Platz in der Struktur des Gesetzbuches eingeräumt.

Art. 10 - Mit diesem Artikel wird die Festlegung zweier unterschiedlicher Daten für das In-Kraft-Treten bezweckt.

Nach diesem Artikel tritt der Erlass am ersten Tag des Monats nach dem Monat, im Laufe dessen er im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden ist, in Kraft.

Diese kurze Frist gilt nicht für die Artikel 4, 5 und 6. Dies bedeutet, dass das Rauchverbot, die Möglichkeit eines Raucherraums und die diesbezüglichen Informationen an Dritte am 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Somit haben die Arbeitgeber Zeit, um Maßnahmen zu ergreifen, und die Arbeitnehmer, um sich auf das Rauchverbot vorzubereiten.

Die Ministerin der Beschäftigung  
Frau F. VAN DEN BOSSCHE

**19. JANUAR 2005 — Königlicher Erlass über den Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit, insbesondere des Artikels 4 § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 7. April 1999 und 11. Juni 2002;

Aufgrund der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung, gebilligt durch die Erlasse des Regenten vom 11. Februar 1946 und 27. September 1947, insbesondere des Artikels 148*decies*2. *2bis*, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 31. März 1993;

Aufgrund der Stellungnahme des Hohen Rates für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz vom 27. Februar 2004;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates Nr. 37.764/1, abgegeben am 18. November 2004 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Beschäftigung

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Vorliegender Erlass ist anwendbar auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie auf die ihnen gleichgestellten Personen, die in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe *a*) bis *d*) und Nr. 2 des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit erwähnt sind.

**Art. 2** - Vorliegender Erlass ist nicht anwendbar:

1. in allen geschlossenen Räumlichkeiten, wo Lebensmittel und/oder Getränke zum Verzehr angeboten werden und es in Anwendung von Artikel 2 § 2 und Artikel 3 § 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Mai 1990 zur Einführung eines Rauchverbots an bestimmten öffentlichen Orten erlaubt ist zu rauchen,

2. in den als Privatbereiche geltenden geschlossenen Räumlichkeiten sämtlicher Einrichtungen für soziale Dienstleistungen und der Gefängnisse, wo die Bewohner und Nichtbewohner unter den für sie festgelegten Bedingungen rauchen dürfen,

3. in Privatwohnungen mit Ausnahme der Räume, die ausschließlich für die gewerbliche Nutzung bestimmt sind und wo Arbeitnehmer beschäftigt sind.

**Art. 3** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Gesetz: das Gesetz vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit,

2. Arbeitsraum:

*a*) jede Arbeitsstätte, ungeachtet ob diese sich in einem Unternehmen oder in einer Einrichtung oder außerhalb dieser befindet oder ob sie sich in einem offenen oder geschlossenen Raum befindet, mit Ausnahme des Raums unter freiem Himmel,

*b*) und jeden offenen oder geschlossenen Raum im Unternehmen oder in der Einrichtung, zu dem der Arbeitnehmer Zugang hat,

3. Sozialanlagen: Sanitäranlagen, Speiseraum und Ruhe- oder Erste-Hilfe-Raum,

4. Raucherraum: Raum, in dem geraucht werden darf und der ausschließlich dazu bestimmt ist,

5. Ausschuss: den Ausschuss für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz oder in dessen Ermangelung die Gewerkschaftsvertretung oder in deren Ermangelung die Arbeitnehmer selbst gemäß den Bestimmungen von Artikel 53 des Gesetzes.

**Art. 4** - Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, über Arbeitsräume und Sozialanlagen zu verfügen, die frei von Tabakrauch sind.

**Art. 5** - § 1 - Der Arbeitgeber verbietet das Rauchen in den Arbeitsräumen, den Sozialanlagen und den Transportmitteln, die er dem Personal für die kollektive Beförderung zur und von der Arbeit zur Verfügung stellt.

§ 2 - In Abweichung von dem in § 1 erwähnten Verbot besteht die Möglichkeit, nach vorheriger Stellungnahme des Ausschusses im Unternehmen einen Raucherraum vorzusehen.

Dieser Raucherraum ist wirksam durchlüftet.

Die Regelung für den Zugang zu diesem Raucherraum während der Arbeitsstunden wird nach vorheriger Stellungnahme des Ausschusses festgelegt.

Diese Regelung darf keine unterschiedliche Behandlung der Arbeitnehmer zur Folge haben.

**Art. 6** - Der Arbeitgeber ergreift die nötigen Maßnahmen, um darauf zu achten, dass Dritte, die sich im Unternehmen befinden, über die Maßnahmen informiert werden, die er aufgrund des vorliegenden Erlasses anwendet.

**Art. 7** - § 1 - Bis zum Tag des In-Kraft-Tretens der Artikel 4, 5 und 6 des vorliegenden Erlasses führt der Arbeitgeber im Rahmen des dynamischen Risikoverwaltungssystems eine globale Politik zur Einschränkung des Tabakverbrauchs in den Arbeitsräumen und den Sozialanlagen ein.

§ 2 - Die in § 1 erwähnte globale Politik:

1. legt die Maßnahmen und die Anwendungsmodalitäten fest, die notwendig sind, um den Tabakverbrauch in den Arbeitsräumen und den Sozialanlagen einzuschränken, und sieht nötigenfalls die zusätzlichen materiellen Maßnahmen vor, um die Belästigung durch Tabakrauch in der Umgebungsluft zu beseitigen,

2. wird sämtlichen Arbeitnehmern zur Kenntnis gebracht.

**Art. 8** - Artikel 148*decies*2. *2bis* der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung, gebilligt durch die Erlasse des Regenten vom 11. Februar 1946 und 27. September 1947, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 31. März 1993, wird aufgehoben.

**Art. 9** - Die Bestimmungen der Artikel 1 bis 7 bilden Titel III Kapitel I Abschnitt II des Gesetzbuches über das Wohlbefinden bei der Arbeit mit folgenden Überschriften:

1. "Titel III - Arbeitsstätten"
2. "Kapitel I - Grundlegende Anforderungen"
3. "Abschnitt II - Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch".

**Art. 10** - Vorliegender Erlass tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, im Laufe dessen er im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden ist, in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 4, 5 und 6, die am 1. Januar 2006 in Kraft treten.

**Art. 11** - Unser Minister der Beschäftigung ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 19. Januar 2005

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Beschäftigung  
Frau F. VAN DEN BOSSCHE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 1<sup>er</sup> juin 2005.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,  
P. DEWAEL

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 1 juni 2005.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,  
P. DEWAEL

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2005 — 1482

[C - 2005/03498]

**22 MAI 2005.** — Arrêté royal fixant les modalités d'émission de la loterie à billets, appelée "Passport", loterie publique organisée par la Loterie Nationale

ALBERT II, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 19 avril 2002 relative à la rationalisation du fonctionnement et de la gestion de la Loterie Nationale, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, et l'article 6, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>, modifiés par la Loi-programme I du 24 décembre 2002;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Considérant que l'évolution des attitudes comportementales du public a amené la Loterie Nationale à constater que l'attrait des formes de loteries publiques, notamment à billets, qu'elle organise, connaît un phénomène d'érosion qui, comparativement au passé, est plus rapide et rend dès lors la période de vie de ces formes de loteries beaucoup plus courte;

Considérant que ce phénomène d'érosion rend indispensable un renouvellement accéléré desdites formes de loteries afin de répondre à l'attente des participants;

Considérant que l'offre accélérée de nouvelles formes de loteries à billets répond à la mission de la Loterie Nationale, en sa qualité de prestataire socialement responsable et professionnel de plaisirs ludiques, de canaliser le comportement des participants vers des jeux présentant un risque de dépendance quasiment inexistant;

Considérant que cette mission de canalisation répond à un des devoirs confiés par l'Etat belge à la Loterie Nationale en vertu du contrat de gestion conclu entre ces deux parties;

Considérant que pour rencontrer cet objectif social la Loterie Nationale doit impérieusement prendre avec toute la diligence voulue les mesures adéquates;

Considérant que le lancement de la forme de loterie consacrée par le présent arrêté constitue une des mesures précitées;

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

N. 2005 — 1482

[C - 2005/03498]

**22 MEI 2005.** — Koninklijk besluit tot bepaling van de uitgiftevoorwaarden van de loterij met biljetten, genaamd "Passport", een door de Nationale Loterij georganiseerde openbare loterij

ALBERT II, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 19 april 2002 tot rationalisering van de werking en het beheer van de Nationale Loterij, inzonderheid op artikel 3, § 1, eerste lid, en op artikel 6, § 1, 1<sup>o</sup> en 3<sup>o</sup>, gewijzigd bij de Programmatwet I van 24 december 2002;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Overwegende dat de evolutie van het gedrag van het publiek de Nationale Loterij tot de vaststelling heeft gebracht dat de aantrekkingskracht van de vormen van de door haar georganiseerde openbare loterijen, in het bijzonder met biljetten, sneller afneemt dan vroeger, waardoor de levensduur van dergelijke vormen van loterijen sterk wordt verkort;

Overwegende dat een dergelijke verminderde aantrekkingskracht een versnelde vernieuwing van de genoemde vormen van loterijen onontbeerlijk maakt teneinde aan de verwachtingen van de deelnemers te kunnen beantwoorden;

Overwegende dat een verhoogd aanbod van nieuwe vormen van loterijen met biljetten deel uitmaakt van de opdracht van de Nationale Loterij, in haar hoedanigheid van sociaal verantwoordelijke en professionele aanbieder van speelplezier, om het gedrag van de deelnemers te kanaliseren in de richting van spelen waarvan het verslavingsrisico haast onbestaande is;

Overwegende dat deze kanalisatieopdracht tot het takenpakket behoort waarmee de Belgische Staat de Nationale Loterij heeft belast krachtens het beheerscontract dat tussen beide partijen werd gesloten;

Overwegende dat de Nationale Loterij absoluut zeer dringend de vereiste maatregelen moet treffen om deze sociale doelstelling na te komen;

Overwegende dat één van bovengenoemde maatregelen bestaat in de lancering van de vorm van loterij die door dit besluit wordt bekrachtigd;